

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 03/57. Jahrgang

März 2026

Schutzgebühr: 0,40 €

Frieden und Abrüstung – ein Thema für die Kommunalwahlen?

Seit Jahresanfang stehen samstags in der Gießener Innenstadt Infostände der Parteien und Wahlbündnisse. Es geht um kommunale Themen: Brandplatz, Elefantenklo, Parkplätze, Grünanlagen, Mieten. Nur ein Stand sticht hervor: Beim Bündnis „**Gießen – sozial und friedentüchtig**“ (GSF) geht es auch um Krieg, Frieden und Abrüstung. Von Passanten hört man immer mal die Frage, „was hat denn das mit Kommunalpolitik zu tun?“ Für die Wahlkämpfer vom GSF ist klar: Das

hat sehr viel miteinander zu tun. In Schulen, auf Festen und Messen und auf Werbeflächen sucht die Bundeswehr nach Freiwilligen. Die Kliniken der Stadt werden von der Regierung aufgefordert, sich auf einen Krieg mit Tausenden Verletzten vorzubereiten. Technisches Hilfswerk, Rotes Kreuz und ähnliche Organisationen werden in militärische Planungen einbezogen. Die Stadtverwaltung wird verpflichtet, Personal und Räumlichkeiten bereitzuhalten. Am deutlichsten ist zu

spüren, dass Rüstung und Kriegsvorbereitung sehr viel Geld kosten. Noch mehr als bisher wird die Stadt deswegen an allem sparen müssen, was nicht gesetzlich vorgeschrieben ist: Freiwillige Leistungen für Kultur, Bildung, Sport usw. werden dann der Vergangenheit angehören.

Städte könnten durchaus etwas gegen die Kriegstreiberei tun. Gießen ist seit 2011 Mitglied in einem von den Städten Hiroshima und Nagasaki gegründeten Friedensbündnis. Jede Bürgermeisterin bzw. jeder Bürgermeister Gießens ist damit seitdem ein „*Mayor for Peace* – Bürgermeister für den Frieden“. Leider hat bisher keiner in diesem Amt die damit verbundene Verpflichtung erfüllt, für Entspannung und für das weltweite Verbot von Atomwaffen einzutreten.

Gießener Kriegerdenkmäler verherrlichen den Militarismus noch genauso, wie von den Erbauern einst erwünscht. Die Benennung eines innerstädtischen Platzes als „Hiro-

Fortsetzung auf S. 2



Unser Spitzen-Team

Gießen - sozial und friedentüchtig



gsf-gi.de
[gsf_giessen](https://www.instagram.com/gsf_giessen)



Emilia Seelig Martina Lennartz Zoë Langner



Am 15.03.2026

Gießen - sozial und friedentüchtig

www.gsf-gi.de

Gießen braucht es und wir sind bereit!

Bildung ist keine Ware	S. 2
Wahlkampf	S. 3
GSF-Kandidatinnen	S. 4/5
Gießens Energiebericht / Rüstungswahn kippt Klimaschutz / Wilhelm Liebknecht	S. 6
Frauenkampftag / Völkerrechtswidriger Angriff auf Iran	S. 7

Für Frieden und Sozialismus! DKP

shima-Platz“ wird hartnäckig (und hartherzig) abgelehnt. Gießener Erinnerungskultur beschränkt sich auf die Ehrung von Opfern. Aktiven Widerstandskämpfern wie Walter und Ria Deeg, Hans Rosenbaum und Heinrich Creter werden Ehrungen verwehrt. Gießen war Garnisonsstadt. Diese Tradition lebt leider fort.

Das Wahlbündnis GSF wird auf kommunaler Ebene für Frieden und Abrüstung eintreten. Deswegen ist

es wichtig im nächsten Stadtparlament.

Gernot Linhart

Rosa Luxemburg hat gesagt: Unpolitisch zu sein, heißt politisch zu sein, ohne es zu merken. Worte, die abwandelbar sind: **Denn nicht klar gegen den Krieg zu sein, heißt für den Krieg zu sein, ohne es zu merken.**

Es gab in Gießen bereits ein Wahlbündnis, das für Frieden und Abrüstung eintrat. 1986 kandidierte die „Friedensliste“. Einige der damaligen Kandidaten stehen auch jetzt wieder zur Wahl. Damals erhielt die Liste 2,8 %. Aber für Kommunalwahlen galt noch die undemokratische 5%-Klausel, sonst hätte dies für zwei Sitze im Parlament gereicht.

Gesamtschulen kaputtsparen? Bildung ist keine Ware – Investieren statt Streichen!

Das Hessische Kultusministerium verkündete eine Streichung der Zuweisung für Binnendifferenzierung an integrierten Gesamtschulen. Aus diesen Mitteln wurden bislang Lehrkräfte für Förderangebote, zusätzliche Lernzeiten, Team-Teaching und präventive Unterstützung finanziert. Betroffene Schulen rechnen teils mit dem Wegfall von mehr als drei Lehrkräftestellen und von vielen Förderangeboten. Auch die GEW lehnt die Streichung ab, weil sie die am stärksten auf Unterstützung Angewiesenen besonders trifft.

Engels untersuchte in „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ den Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung im Kapitalismus. Dieser zeigt sich auch im Bildungswesen: Die Gesellschaft benötigt gebildete Menschen aber das Kapital braucht

profitable Verwertung.

Wir könnten allen Kindern hochwertige, kostenlose und gleiche Bildung garantieren! Der Staat muss massiv in Bildung investieren – auch in die Förderung „leistungsschwacher“ Kinder. Konkret brauchen wir kleinere Klassen, kostenlose Lernmittel und Lernförderung und bessere digitale Ausstattung sowie Schulesen. Das geht am besten an flächendeckenden Ganztagschulen. Kooperationsverbote zwischen Bund und Ländern müssen dazu fallen. Klassenunterschiede reproduziert auch die frühe Aufteilung in Gymnasium, Realschule usw. – die oft eher soziale Herkunft als Leistung widerspiegelt. Wir fordern gemeinsames Lernen bis mindestens Klasse 10. Bildungsungleichheit und Armut gehen Hand in Hand. Daher braucht es auch höhere Kindergrundsicherung, kostenlosen ÖPNV

für Schüler und existenzsicherndes BAföG ohne Verschuldung.

Wirkliche Gleichheit der Bildung setzt Vergesellschaftung der zentralen Produktionsmittel, Aufhebung der Klassenherrschaft und Planung nach gesellschaftlichem Bedarf voraus, aber die genannten Maßnahmen würden materielle Unterschiede zwischen Arbeiter- und Bourgeoisiekindern abschwächen.

Schule muss demokratischer werden. Wir brauchen stärkere Mitbestimmung von Lehrern, Eltern, Schülern. Im Kapitalismus nehmen Konzerne Einfluss auf Lehrpläne. Privatschulen, Stiftungsuniversitäten und Drittmittelfinanzierung verstärken die Klassenspaltung. Dieses System mit seinen Profit-schulen, seinen Studiengebühren und seiner intransparenten Finanzierung von Bildung muss weg.

Martina Lennartz

GEW: Podiumsdiskussion zur kommunalen Bildungspolitik



Am Do., 26.2.: Podiumsdiskussion, Veranstalter: **GEW Kreisverband Gießen**, Moderation: Klaus Pradella, Moderator des Hessischen Rundfunks im Netanya-Saal Gießen.

Martina Lennartz (GSF) stellte klar, dass Bildung Pflichtaufgabe der Kommune ist und nicht unter Haushaltsvorbehalt gestellt werden darf. Ohne Geld keine Chancengleichheit. Die Schere zwischen arm und reich geht deutlich auseinander. Die aktuellen PISA-Ergebnisse beweisen: Deutschland immer weiter hinten. Außer Lennartz monierte kein Diskutant, dass das Geld in die Rüstung und Kriege gesteckt wird und deshalb an der Bildung fehlt.

Sportkreis Gießen: Podiumsdiskussion zur Sportförderung



Am Fr., 27.2. Podiumsdiskussion, Veranstalter: **Sportkreis Gießen**; Vereinsheim in Kleinlinden. Martina Lennartz (GSF) betonte, dass Sport als soziale Daseinsvorsorge gesehen werden muss und nicht als Ware. Sport darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Klassenunterschiede reproduzieren sich sonst im Zugang zu Gesundheit und Bewegung. Sportpolitik muss demokratisch kontrolliert werden – nicht vom „Sachzwang“ der Haus-



haltsdisziplin bestimmt. Denn ohne materielle Voraussetzungen bleibt Sport ein Privileg. Das GSF fordert Sport als Teil sozialer Infrastruktur, öffentlich finanziert, demokratisch organisiert und frei von kapitalistischer Verwertungslogik.

Wohnen und Not



Tanja Bauder-Wöhr, Henning Mächerle und Martina Lennartz

Am Mi., 25.2. Vortrag und Diskussion mit Martina Lennartz (**GSF**) und Tanja Bauder-Wöhr (Fraktionsvorsitzende Marburger Linke und Piraten); Kerkrade-Zimmer, Kongresshalle.

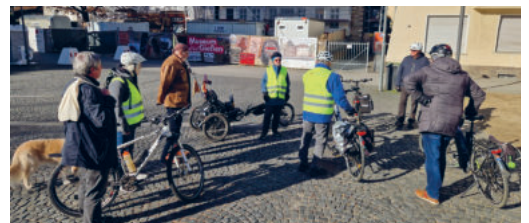
Die Stadt baut zu wenig Sozialwohnungen, will den Leerstand nicht erfassen, baut zu wenige Studentenwohnheime und zu wenig Unterkünfte für Wohnsitzlose, setzt eher auf private Bauträger und investiert lieber Geld in Prestigeobjekte (Lahnwelle). Und damit das Wohnproblem nicht sichtbar ist: Aktuelle Zahlen für eine klassische, zentrale Warteliste existieren nicht mehr, da die *Wohnbau Gießen* ihre traditionelle Warteliste im Dezember 2025 abgeschafft hat. Das GSF moniert das Profitinteresse beim Grundbedürfnis Wohnen und ist für einen bedarfsgeordneten kollektiven Wohnungsbau.

GSF jeden Samstag im Seltersweg



Unser GSF-Infostand am Kugelbrunnen. Wir sind **am 7. und 14.3. jeweils von 10:30 bis 16:00 Uhr** vor Ort und beantworten eure Fragen zur Kommunalpolitik.

Mehr Frust als Lust – Radfahren in Gießen



Gernot Linhart (GSF) führte am 1.3. eine interessante, lehrreiche und abwechslungsreiche Fahrradtour durch Gießen. Er zeigte Stellen, an denen Fahrradfahrer in Unfällen ums Leben kamen, aber auch wunderschöne versteckte verschiedene Schleichwege durch Gießen. Die Tour wird wiederholt.

Die Kandidaten von *Gießen – s*

1



Martina Lennartz

60 Jahre, Lehrerin, seit 10 Jahren im Stadtparlament – wird sich für die Bewohner einsetzen, deren Interessen im Parlament nicht vertreten werden. Sie möchte Menschen dazu bewegen, für ihre Interessen selbst auf die Straße zu gehen.

2



Zoë Langner

23 Jahre, Studentin, Referentin für Politische Lebenswerte, Solidarität.

4



Karl Gierth

28 Jahre, Student der Angewandte Theaterwissenschaften – für soziale Teilhabe, für eine Stadt, in der alle Menschen gut und gerne leben.

5



Helmut Appelt

75 Jahre, ehemaliger, Stärkung der ehrenamtlichen

7



Henning Mächerle

57 Jahre, Fachinformatiker – Gießen soll eine sozialere und friedlichere Stadt werden und bleiben. Politische Bildung ist im Zeichen der digitalen Gleichstellung ein wichtiges Werkzeug.

8



Werner Janitsch

76 Jahre, Psychotherapeut, mehr Rechte und Möglichkeiten für Sport als Das

10



Mario Berger

75 Jahre, Einzelhandelskaufmann/Grundschullehrer – gegen Kahlschlagpolitik des Magistrats, für die verlässliche Weiterfinanzierung sozialer, kultureller und sportlicher Projekte.

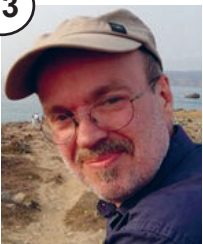
11



Barbara Wolke

75 Jahre, Ärztin und Einführung des Kriegs und "Gleichberechtigung"

13



Gunter Geis

55 Jahre, Verwaltungsfachangestellter – für die Rechte von Beschäftigten und die Einhaltung von Gesetzen und Standards.

15



Tatjana Thum

55 Jahre, Verwaltung für eine Bahnhofsmitbusses und die Einric

17



Axel Brück

82 Jahre, Fernmeldetechniker – für aktive Friedensarbeit, besseren Umweltschutz, bessere und sicherere Arbeitsplätze, für die Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten.

18



Max Lambrecht

32 Jahre, Elektronik, Schwerpunkt ist die A de in Gießen.

20



Egon Momberger

76 Jahre, Rentner, Betroffener der Berufsverbote, aktiv in der Friedensbewegung – für Gießen, eine Stadt für Frieden und Völkerverständigung.

21



Asis Hassan

22 Jahre, Student der gels-Stiftung – für ein tenstopp.

r

Mitorganisatorin des treff.punkt Gießen,
die Bildung des AStA der JLU – für eine
sische Stadt, trotz Kürzungen und Aufrüs-

3



Emilia Seelig

24 Jahre, Studentin der Tiermedizin – für soziale Gerechtigkeit, Frieden, Internationalismus, für die Freiheit der unterdrückten Völker und den Schutz der Natur.

el

freigestellter Betriebsrat bei REWE – für
entlichen Arbeit in Vereinen.

6



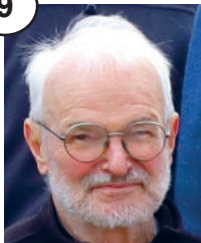
Erika Beltz

81 Jahre – für Frieden und gegen Krieg. Rüstung und Sozialabbau sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Möchte deutlich machen, dass durch Militär und Kriege dem Klima am meisten geschadet wird, worüber die regierenden Parteien und Medien schweigen.

k

erapeut, Ausbilder und Supervisor – für
öglichkeiten für Familien mit Kindern. Setzt
einsfürsorge ein.

9



Gernot Linhart

81 Jahre, Dipl. Ing. – für eine Verkehrswende, die zu mehr Platz und Sicherheit für Radfahrer/innen und Fußgänger/innen führt. Möchte Menschen für die aktive Teilnahme an der Friedensbewegung motivieren.

ff

Psychoanalytikerin – gegen die Wieder-
dienstes Für wirkliche "Emanzipation"
ung" der Frau.

12



Toni Geisberger

73 Jahre, Lehrer/Programmierer – gegen den Kriegsdienst und aktiv in der Bürgerinitiative „Rettet die Bäume am Schwannenteich“.

m

gsangestellte der Gewerkschaft ver.di –
ssion und die Anschaffung eines Kälte-
chtung von Wärmestuben.

16



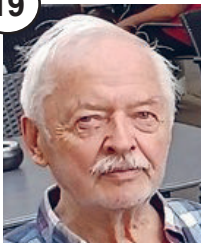
Michael Drees

59 Jahre, Elektromeister – für eine bessere Förderung der Tierschutzvereine. Wird die jungen Menschen bei der Kriegsdienstverweigerung unterstützen.

ck

er für Informations- und Systemtechnik –
arbeit für Jugendliche und Kulturschaffen-

19

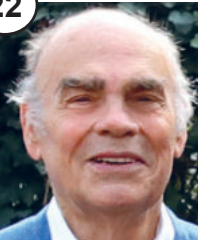


Michael Beltz

84 Jahre, Grundschullehrer, war drei Wahlperioden Stadtverordneter und hat gegen den kommunalen Missstand gekämpft – Verbrechen und alle Kriegsverbrecher müssen benannt und bekämpft werden.

er Bioinformatik, Mitglied der Marx-En-
en Drogenkonsumraum und einen Mie-

22



Werner Ortmüller

81 Jahre alt, Bautechniker, Autor und Friedenspreisträger – möchte zeigen, dass auf dieser kranken Erde Friedenskämpfer leben, die nicht der Gier des Kapitalismus erlegen sind!

Gießens Energiebericht 2024: Verbrauch sinkt kaum

Der Magistrat hat seinen Klimaschutz- und Energiebericht für das Jahr 2024 vorgelegt. Die Zahlen zeigen: Die offiziell angestrebte Klimaneutralität bis 2035 wird es nicht geben. Um gerade mal 1,5 % wurde der Energieverbrauch im Vergleich zum Vorjahr verringert. Zuwächse gab es bei der Fotovoltaik, dafür stieg der CO₂-Ausstoß im Straßenverkehr um 4,4 %. Bei der Wärmeversorgung sank der Verbrauch pro

Kopf gerade um 1 % – vor allem, weil der Winter wärmer war als im Vorjahr. Seit 1990 sanken die pro-Kopf-Emissionen um 45,7 %. Um bis 2035 auf null zu kommen, müsste in zehn Jahren mehr Energie eingespart werden als in den 35 vergangenen Jahren – ein utopisches Vorhaben. Im Bericht sind alle Zahlen auf 0,1 % genau angegeben. Das ist vorgetäuscht, unrealistische Genauigkeit. Niemand weiß genau,

wie viele Kraftfahrzeuge durch die Stadt fahren und wieviel Sprit sie dabei verbrennen. Niemand kennt den genauen Verbrauch von Öl- und Kohleheizungen. Die meisten Zahlen beruhen auf Schätzungen. Die genauen Werte können mindestens 5 % höher oder niedriger sein als angegeben. Es bleibt viel zu tun, um in Gießen einen deutlichen Beitrag im Klimaschutz zu erreichen.

Gernot Linhart

Rüstungswahn kippt Klimaschutz

Wie Gießen haben viele Städte vor einigen Jahren beschlossen, bis 2035 klimaneutral zu werden. Wahrscheinlich wird keine davon dieses Ziel erreichen. Im Verkehr und bei Gebäudeheizungen wird es kaum möglich sein, bis dahin alle fossilen Energieträger zu ersetzen. Klimaaktivisten wie *Fridays for Future* sind nahezu verstummt. Hochrüstung und Bedrohungslüge haben sie erfolgreich in den Hintergrund gedrängt. Schon vor der von der NATO

getriebenen weltweiten Aufrüstung betrug der Anteil des Militärs an den weltweiten CO₂-Emissionen 5,5 %. Die geplante Verdoppelung der Militärausgaben dürfte auch diesen Wert verdoppeln. Zusätzlich steigen die Emissionen durch den geopolitisch bedingten Austausch von Pipeline-Erdgas durch Flüssiggas. Der Klimawandel – die stetige Erwärmung der Erdoberfläche, der Meere und der Atmosphäre – könnte gestoppt werden, wenn alle Staaten

zusammenarbeiteten. Dazu müsste zunächst die Diplomatie wieder eine größere Rolle in der Weltpolitik spielen. Der sogenannte Kalte Krieg wurde durch Verhandlungen beendet, nicht durch noch mehr Waffen. Die damalige Gesprächsbereitschaft wäre auch jetzt lebenswichtig. Abrüstung wäre der beste Klimaschutz.

Gernot Linhart

Liebknecht war ein Antimilitarist und Revolutionär!

Über 25 Leute folgten der Einladung der DKP Gießen zur Veranstaltung „Wie aktuell ist Wilhelm Liebknecht?“. Georg Fülberth schilderte dort in seinem Referat humorvoll an Hand zentraler Fragen (Demokratie, Bildung, Soziale Frage, Krieg und Frieden), wie aktuell Wilhelm Liebknecht auch heute noch ist. In seiner letzten Schrift „Weltpolitik, Chinawirren, Transvaalkrieg“ erkannte Liebknecht, dass die damalige aktuelle Lage des Imperialismus zum Krieg drängte. Gemeinsam mit August Bebel gründete er die damals noch revolutionäre „Socialdemokratische Partei“. Sie war schärfster Gegner Bismarckscher Kriegspolitik, der sie mit den „Socialistengesetzen“ kleinkriegen wollte. 1891 veröffent-



Ulf Immelt und Georg Fülberth

lichte Liebknecht die Broschüre „Die Emser Depesche oder Wie Kriege gemacht werden“. Die Fälschung einer Depesche wurde zum Anlass genommen, den Deutsch-Französischen Krieg vom Zaun zu brechen. „[...] Wer nicht mit den patriotischen Wölfen heulte, [...] war ein Vaterlandsverräter, - und wer nicht nachbetete, daß die „verkommenen“ Franzosen uns den Krieg aufge-

zwungen hätten, war in Gefahr eingesperrt, wo nicht gar vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden [...]“

Liebkecht ist damit hoch aktuell!

In der nachfolgenden Diskussion ergab sich die Frage „Was ist Demokratie?“ Fülberth beantwortete sie wie folgt: „Wir haben heute eine Situation, in der CDU und AfD fast 50% der Wahlstimmen auf sich vereinen. Wirtschaftspolitisch sind sich beide Parteien einig. Die

Brandmauer ist auf der ideologischen Ebene schon längst eingerissen. Was uns bevorstehen könnte, ist eine Plutokratie mit einer Massenbasis.“

(Zitate aus der Broschüre, die man hier aus dem Internet abrufen kann: www.archive.org/details/dieemserdepesch01liebgoog)

Henning Mächerle

8. März – Internationaler Frauentag: Klassenkampf statt bürgerlicher Gleichstellung

Der Internationale Frauentag ist kein „Feiertag der Blumen“, sondern ein Kampftag der Arbeiter- und Arbeiterinnenklasse. Hervorgegangen aus den Kämpfen proletarischer Frauen um Wahlrecht, Arbeitszeitverkürzung und gleiche Rechte steht er untrennbar im Zusammenhang mit dem revolutionären Aufbruch der Arbeiterbewegung. Clara Zetkin und die sozialistischen Frauenkonferenzen machten deutlich: Die Befreiung der Frau ist nur im Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus zu erlangen.

Der Kapitalismus beruht auf doppelter Ausbeutung: in der Produktion durch Aneignung des Mehrwerts und in der Reproduktion durch unbezahlte Sorgearbeit. Frauen tragen die Hauptlast prekärer Beschäftigung, Niedriglöhne und sozialer Unsicherheit.

Wie Friedrich Engels in „Der Ursprung der Familie, des Privateigen-



**Kommt am Samstag, 7. März um
14:30 Uhr zum Berliner Platz**

tums und des Staats“ zeigte, ist die Unterdrückung der Frau historisch mit dem Entstehen von Privateigentum und Klassenherrschaft verbunden. Sie ist kein Naturzustand,

sondern gesellschaftlich produziert – und damit überwindbar. Der Sozialismus schafft durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel, gesellschaftliche Organisation von Erziehung und Pflege sowie ökonomische Unabhängigkeit die materiellen Grundlagen wirklicher Gleichberechtigung.

Jede „Gleichstellung“ bleibt formell, solange die Produktionsmittel in den Händen des Monopolkapitals sind.

Der 8. März mahnt: Ohne demokratische Überwindung der Herrschaft des Kapitals wird es keine Befreiung der Frau geben. Der Kampf gegen Kriegspolitik, Sozialabbau und reaktionären Staatsumbau ist daher auch ein Kampf für die Interessen der werktätigen Frauen.

Proletarierinnen aller Länder vereinigt euch!

Martina Lennartz

Völkerrechtswidrigen Angriffskrieg stoppen!

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) verurteilt die militärischen Angriffe Israels und der USA auf zivile und militärische Ziele in verschiedenen Regionen des Iran und solidarisiert sich mit dem angegriffenen Land.

Der Angriff ist völkerrechtswidrig und torpediert die Atomverhandlungen mit dem Iran. Die deutsche Bundesregierung wurde nach eigenen Angaben im Vorfeld über die Kriegshandlungen informiert und trägt aufgrund ihrer Untätigkeit eine Mitverantwortung für diese gefährliche Eskalation. Währenddessen verübt der Iran Gegenschläge auf US-Militär, zum Beispiel in Kuwait, den Arabischen Emiraten, Katar und Bahrain sowie gegen Israel, und mobilisiert seine Truppen gegen eine mögliche US-Bodeninvasion. Die Gefahr einer weiteren kriegesischen Eskalation ist groß.

Das aggressive Vorgehen der Kriegsregierungen von Trump und Netanjahu und die De-facto-Unterstützung durch Bundeskanzler Merz sind mit den Prinzipien des internationalen Rechts und einer fried-

lichen Außenpolitik zum Wohle unseres Landes nicht zu vereinbaren. Die Unterstützung des Vorhabens, die Regierung in Teheran zu stürzen, wird von Vertretern der Bundesregierung mit der sogenannten „Staatsräson“ begründet. Diese entkernt die Lehren aus zwei Weltkriegen und aus der Befreiung Europas vom Hitler-Faschismus. Diplomatie und Kooperation im Rahmen der Vereinten Nationen sind so nicht möglich.

Die heute begonnene Eskalation gegen den Iran ist seit Monaten angekündigt und vorbereitet worden. Das militärische Vorgehen Israels geht zurück auf eine Koordination mit der NATO-Führungsmacht USA. Diese imperialistischen Zentren verhalten sich ihren Gegnern gegenüber und gegenüber dem internationalen Recht wie Räuber und beweisen, dass ihre Worte bei Verhandlungen nichts wert sind. Die Reaktion der deutschen Bundesregierung ist

zu verurteilen, denn sie stellt sich an die Seite der Aggressoren, während andere Regierungen die Einhaltung des Völkerrechts fordern.

Die DKP ruft die Arbeiter- und Friedensbewegung zum Protest gegen die Unterstützung des Kriegs gegen den Iran durch die Bundesregierung auf und fordert den Abzug aller US-Truppen aus Deutschland. Der Bundesregierung sagen wir: Eure Staatsräson ohne uns!





Termine

Fragen oder Anmeldungen an giessen@dkp.de



Do. 5.3. um 18 Uhr:
Treffen GSF –

Chamäleon, Reichensand 9



Sa. 7.3. / 14.3.
jeweils ab 10:30 Uhr:

Infostand Wahlbündnis GSF –
Kugelbrunnen

Sa. 7.3. ab 14:30 Uhr:

Demonstration zum
Internationalen Frauenkampftag,
Berliner Platz

Mi. 11.3. um 19 Uhr:

Gruppenabend DKP Gießen –
Ort bitte erfragen

Do. 12.3. ab 18 Uhr:

Auftaktveranstaltung zur
Kriegsdienstverweigerung
(KDV) – Kaschemme Nordstadt,
Sudetenlandstr. 1



So. 15.3. ab 8 Uhr:
Kommunalwahl –

Liste 10 GSF wählen!



So. 15.3. ab 18 Uhr:
Wahlkampfparty –

Chamäleon, Reichensand 9

Di. 17.3. um 18 Uhr:

Schulung KDV-Berater –
Kaschemme Nordstadt,
Sudetenlandstr. 1

Fr. 20.3.:

Redaktionsschluss April-Echo

Fr. 27.3. ab 19 Uhr:

Stammtisch DKP GI –
Chamäleon, Reichensand 9

Sa. 4.4. ab 11 Uhr:



Ostermarsch –
Auftaktkundgebung;
Veranstalter:

Friedensnetzwerk Gießen;
Hiroshimaplatz/Katharinengasse

Mo. 6.4. um 9 Uhr:

Ostermarsch in Frankfurt –
Treffpunkt zur Anreise:
Bahnhof GI



Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** vereinbarten die Eigentümer der Lokalzeitungen „Gießener Anzeiger“ und „Wetzlarer Neue Zeitung“ die Zusammenarbeit ihrer Redaktionen. Damit erreichte der bundesweite Verlust an Pressevielfalt Mittelhessen. Inzwischen gibt es kaum noch selbstständige Lokalzeitungen, große Teile der Presseorgane sind überregional identisch.



Vor **40 Jahren** forderte die Gießener Arbeitsloseninitiative einen Arbeitslosenpass. Für dessen Inhaber sollte die Nutzung kommunaler Leistungen kostenlos sein. Die DKP unterstützte die Forderung. Etwas später kam der Gießen-Pass – statt kostenloser Nutzung erhält man damit zumindest Ermäßigungen. Parallel dazu unterstützte die DKP die Forderungen nach einem verbilligten Frauennachtaxi. Dieses gab es zeitweise, je nach Parlamentsmehrheiten.



Vor **30 Jahren** wurde ein Kindergarten der koreanischen Mun-Sekte geschlossen. Diese Sekte hatte zehn Jahre davor die Maschinenfabrik Heyco übernommen und in der Zwischenzeit ruiniert. Gleichzeitig

wurde eine private Grundschule der Sekte „Sieben-Tage-Adventisten“ gegründet. Die DKP erinnerte an die Hessische Verfassung: Das Schulwesen ist Sache des Staates. "An allen hessischen Schulen werden die Kinder aller religiösen Bekenntnisse und Weltanschauungen in der Regel gemeinsam erzogen." (Art. 56, Absatz 2)



Vor **20 Jahren** stimmten die Gießener Grünen im Stadtparlament gemeinsam mit CDU/FDP/FWG dem Haushalt zu. Die Zustimmung erfolgte, obwohl die Regierungskoalition zu keinerlei Zugeständnissen bereit war. Die sozialen Vereine haben trotzdem kein Geld bekommen.



Vor **10 Jahren** wurde der „Freiwillige Polizeidienst“ eingerichtet. 20 Personen ohne richtige Ausbildung sollten die Ordnungspolizei für sieben Euro pro Stunde unterstützen. Sie sollten vor allem am Bahnhofsvorplatz und in der Innenstadt eingesetzt werden. Die DKP vertrat die Meinung, das Geld sollte besser für aufsuchende Sozialarbeit eingesetzt werden.



**Kommunalwahl
am 15. März 2026**

**Gießen - sozial
und friedentüchtig**

**UZ-Friedenstage
Berlin 2026** Franz-Mehring-
Platz 1
28. – 30. August

Das Fest des Friedens
und der Solidarität

Gemeinsam kämpfen
– gemeinsam feiern!



SAVE THE DATE!

Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP
Gießen; verantw.: Gernot Linhart,
erscheint monatlich.

Bezugsgebühren: 30 Euro im
Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN:

DE72 5135 0025 0200 5491 46

**Namentlich gezeichnete Artikel
geben nicht unbedingt die Mei-
nung des Redaktionskollektivs
des Gießener Echos wieder.**

**Rückmeldungen + Leserbriefe
an:** Gießener Echo / DKP Gießen
Postfach 110340, 35348 Gießen
oder E-Mail: giessen@dkp.de
Internet: www.giessen.dkp.de

Mach mit! Werde Mitglied in der **DKP oder **SDAJ****